

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, Ercheinung tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 207.

Dresden, Mittwoch den 7. September 1910.

21. Jahrg.

## Die Landeskonzferenz.

Lebhafter als allgemein erwartet wurde, gestalteten sich die Verhandlungen der diesjährigen Landesversammlung in Leipzig. Scharf plätierten die Meinungen oft aufeinander, doch blieben sie trotzdem die Auseinandersetzungen in leidlich sachlichen Grenzen. Es mag dabei vielleicht nicht alles nach Richtung gegangen sein. Gatten doch auch wir, wie noch in unserem Begrüßungsartikel ausgeführt wurde, mit einem recht ruhigen Verlaufe der Verhandlungen gerechnet. Wer wollte aber behaupten, daß es anders geworden ist? Ein lebhafter, geistig frischer Zug belebte die Beratungen. Der Meinungsstreit mag sie verlängert haben, aber er hat doch wohl auch viel zur Klärung der Sache beigetragen. Manche vorgeschlagene Meinung ist erwidert, manche falsche Ansicht zerstört worden. Das kam freilich in keinen Resolutionen zum Ausdruck kommen, besonders nicht, wenn sie so allgemein gehalten sind, wie die von der Landeskonzferenz angenommenen. Auffällig war vor allem die sachliche Ruhe, mit der die Konferenz auch die Ausführungen der Redner anhörte, die Ansichten der Minderheit vertrat. Gerade dadurch ist es möglich geworden, daß die Konferenz trotz der lebhaften Debatten einen durchaus würdigen Verlauf genommen hat.

Der erste Tag verlief ohne erhebliche Auseinandersetzung. Der Vorsitzende des Zentralkomitees konnte ein glänzendes Bild von der Entwicklung der sächsischen Parteiorganisationen in den letzten zehn Jahren geben. Die Zahl der organisierten Genossen hat sich vervierfacht, die Einnahme war siebenmal höher. Auch sonst ist es vorwärts gegangen. Der glänzende Wahlsieg in Zschopau-Marientberg, der ebenfalls gebührend gewürdigt wurde, ist zum großen Teil ein Resultat dieser Entwicklung. Dieses erfreuliche Bild vervollständigte der Kassierer der sächsischen Partei, Genosse Braune, der besonders darauf hinwies, daß die sächsischen Parteigenossen im letzten Geschäftsjahre über 90.000 Mk. an die Parteihauptkasse abliefern konnten. Als außerordentlich erfreulich ist auch die auf der Landeskonzferenz hervorgehobene Tatsache zu bezeichnen, daß der viel umstrittene 10-Pfennigbeitrag in nächster Zeit in allen sächsischen Reichstagsabteilungen zur Durchführung gekommen sein wird. Damit ist eine Reform im Beitragswesen der Partei beendet, die nötig war, die aber in vielen Kreisen auf unverständlichen Widerstand stieß. Jetzt, wo sich in allen Wahlkreisen gezeigt, daß die zahlreichen Prophezeiungen vom Wohlstand der Partei nicht nur nicht erfüllt haben, sondern allenthalben ein erheblicher Zuwachs zu verzeichnen war. Freilich zu wünschen blieb auch noch manches. Die mit der Größe der Partei wachsenden Anforderungen sind solche, daß nur dringend gewünscht werden kann, daß die Oportunität die alte bleiben möge. Denn die ist es nicht zuletzt gewesen, die uns über manche schwere Aufgabe hinweggeholfen hat. Eine Warnung zu eifriger Mitarbeit wurde besonders an die Parteigenossen gerichtet, die auch in Arbeiterpartei- und Arbeitergesangsvereinen tätig sind, und an die organisierten Arbeiter, die Schrebergärten besitzen. Verschiedene Beobachtungen ließen diese besondere Warnung notwendig erscheinen. Die Debatte über den Geschäftsbericht drehte sich um organisatorische Einzelfragen, um keine Schärferen lokalen Natur.

Lebhafter als allgemein erwartet wurde, gestalteten sich die Verhandlungen, die sich am Montag an den Bericht der Landtagsfraktion knüpfen. Schon in einem umfassenden schriftlichen Bericht, der von keiner Seite beanstandet worden war, hatte der Referent zu dieser Angelegenheit, Genosse Rißke, die Tätigkeit unserer Genossen im Landtage geschildert. Dieser schriftlichen Darstellung fügte er auf der Landeskonzferenz noch einen mündlich erstatteten Situationsbericht bei, in dem er die Parteiverhältnisse im Landtage und die Haltung unserer Fraktion zu verschiedenen wichtigen Fragen kennzeichnete und besonders auch den Unterschied in der Zusammenfassung der Annahme von früher und jetzt und die sich daraus ergebende veränderte Sachlage hervorhob. Scharf kennzeichnete er dabei auch die Haltung der Fraktion zu verschiedenen Fragen, die aber auch die Punkte hervor, die in der Landtagsfraktion zu Meinungsverschiedenheiten geführt hatten, wobei er auch seiner persönlichen Meinung Ausdruck gab. Das galt besonders von der Vizepräsidentenfrage, wo er die Ansicht verteilte, daß man die von liberaler Seite gestellte Bedingung, Ernennung des sozialdemokratischen Vizepräsidenten an der feierlichen Sitzung des Landtags teilnehmen solle, akzeptieren könne, wenn man handle man durchaus im Sinne der Dresdner Resolution. Ferner stellte er den Schriftführerposten in der Zweiten Kammer dar, den der Referent als fraglich hin, ob es richtig gewesen sei, den Schriftführerposten in der Zweiten Kammer zu übernehmen und jede Reform der Ersten Kammer dadurch zu verhindern, daß unsere Genossen im Landtage gegen alle Angriffe auf eine andere Zusammenfassung der Ersten Kammer gekämpft hätten.

Diese Punkte wurden auch in der Landeskonzferenz in erster Linie umstrittene Fragen, gleichzeitig wurde auch der in der letzten Landtag nicht erledigte Wahlrechtsantrag mit erörtert. In dem ausführlichen Bericht über die Landeskonzferenz zum Ausdruck kamen. Dabei war die Mehrzahl der Redner der Ansicht, daß der Vizepräsidentenposten zwar gefordert

werden könne, aber keinerlei Bedingungen erfüllt werden dürften, und eine Reform der Ersten Kammer für uns ausgeschlossen sei, weil wir deren Beseitigung fordernden. Zum letzten Punkte wurde auf der einen Seite scharf betont, daß es unmöglich sei, zu Reformen einer reaktionären Einrichtung die Hand zu bieten, deren Beseitigung in unserem Programm gefordert wird. Von anderer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß wir wohl die Beseitigung der Ersten Kammer in erster Linie fordern, dagegen aber, wenn wir damit nicht durchbringen, auch von liberaler Seite gestellte Anträge unterstützen könnten, die eine fortschrittliche Reform in der Reichsstube fordern. Im anderen Falle besorge man die Geschäfte der konservativen Reaktion, die die erste Kammer in ihren jetzigen Zustände erhalten wissen wollte, um an ihr selbst einen sicheren Rückhalt für ihre völkische Politik zu haben.

In der Vizepräsidentenfrage wurde der Streitpunkt oft verschoben, indem man den Rednern, die die Ansicht verfochten, man könne dann unbedenklich an der Landtagsreform teilnehmen, wenn die Verfassung es vorschreibe, ohne weiteres sagte, sie wollten zu Hofe gehen. Eine Behauptung, die natürlich von der Minderheit wieder entschieden zurückgewiesen wurde. Ausschlaggebend war aber, daß auf der Landeskonzferenz die Ansicht vorherrschte, daß durch die Verfassung einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten irgend welche Verpflichtungen nicht vorgeschrieben würden.

In teils recht bewegter Weise wurden diese Fragen umstritten, bis schließlich eine Resolution angenommen wurde, die von der Landtagsfraktion die Beibehaltung der bisherigen Haltung in der Vizepräsidentenfrage fordert und verlangt, daß auf Beseitigung der Ersten Kammer hingewirkt werden solle. Da über die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Vizepräsidentenfrage nur dann verschiedene Ansichten herrschen können, wenn die Frage bejaht wird, daß die Teilnahme eines Vizepräsidenten durch die Verfassung vorgeschrieben ist, was nicht der Fall war, weil die Forderung auf Beseitigung der Ersten Kammer etwas Selbstverständliches ist, wurde die Resolution gegen eine Stimme angenommen. Sicher hätte sich aber eine erhebliche Minderheit dagegen gewandt, wenn in der Resolution die Forderung enthalten gewesen wäre, alle bürgerlichen Anträge für eine fortschrittliche Reform der Ersten Kammer niederzustimmen.

Die Beratungen über die Reform der Volksschule brachten zunächst ein zweistündiges Referat des Genossen Schulz, der alle unsere zumeist schon bekannten Volksschulforderungen in klarer Darstellung zusammenfaßte. Neues konnte natürlich nicht gesagt werden. Das der Referent ausführte, war knapp in einer Resolution zusammengefaßt, die zwar viel umstritten, schließlich aber angenommen wurde. Es würde hier zu weit führen, über Einzelheiten der Resolution, besonders über die Einleitung, Erwägungen anzustellen. Als Ganzes genommen ist sie wohl geeignet, den Genossen im Kampfe um die Volksschulreform zur Richtschnur zu dienen. Ob sie nötig war, darüber kann man verschiedener Ansicht sein, denn was sie befragt, ist zumeist schon in unserem Kommunalwahlprogramm und der Mannheimer Resolution enthalten.

Es kamen in der Debatte auch Bedenken der angebotenen Art zum Ausdruck, doch wurde die Resolution als Ganzes für eine Errungenschaft betrachtet und schließlich einstimmig angenommen, nachdem betont worden war, daß eine Resolution noch kein Programm sei. Dringend zu wünschen ist aber, daß die Parteigenossen im Lande der Volksschulfrage die größte Aufmerksamkeit zuwenden, sich in Versammlungen damit beschäftigen und auch sonst alles aufbieten, eine fortschrittliche Reform der Volksschule zu fördern. Beachtlich ist jedenfalls auch die Anregung des Genossen Böhrer, einen Petitionssturm für die Volksschulreform einzuleiten. Doch darüber werden noch die Parteinstanzen zu beschäftigen haben.

Bilden wir auf der Landeskonzferenz zurück, können wir es mit Befriedigung tun. Zwar verlief sie nicht so schieblich und friedlich, wie manche es gewünscht haben; doch sind die Meinungsverschiedenheiten, wenn auch in scharfer Weise, so doch sachlicher ausgetragen worden als auf manchen anderen Parteitag. Zeitigte auch der Kampfesgeist noch manchen unnötigen Zies, so blieb die Debatte doch von jedem persönlichen Gezänke ganz frei. Auf einem höheren Niveau bewegten sich die ganzen Verhandlungen. Das ist bis zuletzt so geblieben. Ein solcher Meinungsaustrausch kann uns niemals schaden, er kann nur klären. Geradezu ein Unglück wäre es, wenn keine Meinungsverschiedenheiten bei uns herrschten, und wenn man sie unterdrücken wollte. Ist aber der Streit dann ausgefochten, ist die Parochierung für die nächste Zeit festgelegt, dann gilt es auch sie einzuhalten. Dann ist die einheitliche Kampfesweise gegen den Feind in geschlossener Kolonne und konzentriertem Vorstoß die wichtigste Aufgabe. Dazu wollen wir uns aber jetzt unter Verbannung aller Meinungsverschiedenheit vom Kampfplage rüsten. Denn es harren unserer wichtige Aufgaben und bedeutungsvolle Kämpfe. Dabei soll und muß die sächsische Sozialdemokratie ebenso schlagfertig wie geschlossen aufmarschieren.

## Deutsches Reich.

### Im heiligen Pommern.

In dem pommerschen Städtchen Stolp wurde am Montag ein Kaiserdenkmal enthüllt. Wilhelm II. hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, die wenigstens in der Form, in der sie der Öffentlichkeit überliefert wurde, keinen Anlaß zu Bemerkungen bietet. Trotzdem ist auch das Stolper Kaiserdenkmal, das der Einweihungsfestlichkeit folgte, nicht ohne rhetorischen Bombeneffekt geblieben. Der Oberpräsident der Provinz Pommern Freiherr v. Maljahn führte nämlich in seinem Kränzspruch auf das Kaiserpaar u. a. folgendes aus:

Wenn wir auf die letzten 14 Tage zurückblicken, so ist uns manches begegnet, das uns recht wenig sympatisch ist. Wenn das Gros unserer deutschen Zeitungen, regiert von jungen Leuten, die zum größten Teil noch nicht trocken hinter dem Ohren sind (Pravocuse), sich herausnimmt, unsern allerhöchsten Herrn den Mund zu verbieten, so wird das hier sicher nicht gebilligt werden. Wir wollen, daß unser allerhöchster Herr nicht eine Figur im Schematismus ist, sondern daß er ein Mann ist, der seine Ansichten auch vertritt wie ein Mann. Dessen wollen wir uns erfreuen.

Ganz abgesehen davon, daß die sozialdemokratische Presse offenerherge Kaiserreden mit ganz besonderer Härlichkeit behandelt und nicht im Traume daran denkt, „unserm allerhöchsten Herrn“ den Mund zu verbieten, ist es auch nicht ganz richtig, daß es das „Gros der Presse“ war, das Wilhelm II. den Mund verboten hat. Das haben vielmehr im November 1908 die Konserdativen und Fürst Billow zu tun versucht, da sie vom Redeeifer des Kaisers Schaden für die Monarchie besürchteten.

Nach diesen sachlichen Feststellungen kann es sich höchstens noch darum handeln, sich mit den angenehmen Umgangsformen zu beschäftigen, deren sich der Herr Oberpräsident auf dem Stolper Kaiserdenkmal bediente. Er hat dem Gros der deutschen Presse unter lautem Beifall der erlauteten Festversammlung vorgeworfen, sie werde von jungen Leuten regiert, die noch nicht trocken hinter dem Ohren seien. Wir können als unparteiische Dritte versichern, daß dieses Urteil im großen ganzen nur auf die offizielle Presse zutrifft, deren Personal ja auch naturgemäß das einzige ist, das der Herr Oberpräsident kennt. Sonst kann man wohl sagen, daß die meisten einflussreicheren Stellungen in der deutschen Journalistik von Leuten eingenommen werden, die längst über das Alter hinaus sind, in dem der Kronprinz und einst der Kaiser selbst ihre berühmtesten Neben gehalten haben. Wir leben mit dem „Gros der deutschen Zeitungen“ in stetem Kampf und kennen daher ihre Fehler viel besser als irgendein preußischer Verwaltungsbeamter. Gerade darum sind wir berechtigt auszusprechen, daß in der bürgerlichen Presse immer noch bedeutend mehr Intelligenz und Tüchtigkeit steckt, als im preußischen Verwaltungskörper.

„Vorgeschriftene Kaiserstimmung“ will die streng lokale Täg. Rundschau an dem pommerschen Oberpräsidenten Maljahn bemerkt haben, als er seine Rede gegen die Presse hielt. „Der freiherrliche Redner“, schreibt sie, „war zwar selbst in so vorgeschrittener Kaiserstimmung noch so vornehm, nur vom Gros der deutschen Presse zu behaupten, daß es von jungen Leuten regiert werde, die noch nicht trocken hinter dem Ohren sind.“ Und weiter: „Ob Herr Maljahn heute als am „Vendemann“ (das heißt am folgenden Tage) seiner samosen Rede nicht vielleicht selber das Gefühl hat, daß er nicht etwa die deutsche Presse, sondern sich selber lächerlich gemacht hat?“

Man soll niemanden daran hindern, sich lächerlich zu machen. Am allerwenigsten pommersche Oberpräsidenten.

### Königsrecht und Arbeiterrecht.

Der Zufall, der oft seltsam spielt, wirft in einem großen Berliner bürgerlichen Blatt die beiden folgenden Telegramme nebeneinander: Gnesen, 5. September. Wegen Majestätsbeleidigung verurteilt heute die Gnesener Staatskammer den Redakteur des Reich Raspiński zu 9 Monaten Gefängnis. Die Majestätsbeleidigung wurde gefunden in dem Artikel „Der arme preußische König“, der aus Anlaß der Erhöhung der Zivilliste des Königs im Reich erschienen war. Die vier Wochen Untersuchungshaft, die Raspiński erlitt, wurden nicht in Anrechnung gebracht. Berlin, 5. September. Wegen Mißhandlung eines Arbeiters, der eine Lohnerschöpfung forderte, verurteilte das Schöffengericht in Pössa den Rittergutsbesitzer v. Wicgetowitz in Obervermögenshof zu 50 R. Strafe.

Der die Erhöhung der Zivilliste kritisch behandelt, fliegt für Monate ins Gefängnis. Der Arbeiter, der um eine geringe Erhöhung ihres Hungerlohnes nachsuchen, prügelt, sühnt seine Verleumdung mit ein paar Mark, die für einen Rittergutsbesitzer eine Rappalle bedeuten. . . .

### Die Fleischnot.

Der Hansabund hatte für Montag die Obermeister der Fleischhändler und Verbände Groß-Berlins zu einer informativen Konferenz über die Ursachen der Fleischnot einberufen. Man war im allgemeinen der Ansicht, daß nur eine Öffnung der Grenzen und Herabsetzung der Zollsätze, mäßige Preise gewährleisten. Die Deutsche Tageszeitung, das Organ der Fleischhändler, bemerkt dazu: „Diese Meldung über die besondere Stellung der stehenden Hansabundler zu den Viehhändlern und dem Seuchenschutz schafft völlige Klarheit darüber, daß der Hansabund nicht einmal, wie manche unglücklichen Kreise es aus tatsächlichen Gründen tun, versuchen will, zunächst nur den Schutz eines Teiles der landwirtschaftlichen Pro-

Advertisement text on the left margin, including names like 'Wäsche', 'Fallobst', 'Kauf', etc.